

Vertrag über die Abwicklung urheberrechtlicher Ansprüche bis einschließlich 2009

(Abwicklungsvertrag)

Stand: 02.03.2009

Die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundesministerium des Innern,
nachfolgend der „Bund“ genannt,

sowie die Länder

Baden-Württemberg

Bayern

Berlin

Brandenburg

Bremen

Hamburg

Hessen

Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

Thüringen

vertreten durch den Vorsitzenden der „Kommission Bibliothekstantieme“ der Kultusministerkonferenz, Sekretariat der KMK Bonn,
nachfolgend die „Länder“ genannt

einerseits

und die

GEMA

(Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte)

GVL

(Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH)

GWFF

(Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH)

VFF

(Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH)

VG Bild-Kunst
(Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst)

VG Musikedition
(Verwertungsgesellschaft Musikedition)

VG WORT
(Verwertungsgesellschaft Wort)

VGF
(Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken mbH)

nachfolgend die „Verwertungsgesellschaften“ genannt

andererseits

vereinbaren zur Abwicklung urheberrechtlicher Ansprüche nach

§ 27 UrhG Gesamtvertrag über die Abgeltung der Ansprüche nach § 27 Abs. 2
UrhG (Bibliothekstantieme) vom 26.04.2001

§ 52a UrhG Gesamtvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52 a UrhG vom
vom 28.09.2007

§ 52b UrhG sowie

§ 53a UrhG in Verbindung mit Vertrag zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche
für den Direktversand von Kopien durch der Öffentlichkeit zugängliche
Einrichtungen (Gesamtvertrag Kopierendirektversand) vom 04.12.2003

folgendes:

Präambel

Die nachfolgenden Regelungen dienen dazu, die urheberrechtlichen Ansprüche bis einschließlich 2009 abzugelten. Bund und Länder einerseits und die Verwertungsgesellschaften andererseits werden im Jahr 2009 Verhandlungen über eine ab 2010 wirksam werdende Vereinbarung zur Abgeltung aller urheberrechtlichen Entgelte, die sich aus den §§ 27 Abs. 2, 52a und b, 53a und 54c UrhG ergeben, aufnehmen.

§ 1 Ansprüche aus § 27 Abs. 2 UrhG

Bund und Länder einerseits und die Verwertungsgesellschaften andererseits vereinbaren zur Abgeltung der Ansprüche aus Art. 3 des Gesamtvertrags sowie der Folgevereinbarungen die Zahlung von Pauschalsummen wie folgt:

2006: 15.237.314,46 € einschließlich Umsatzsteuer

2007: 15.237.314,46 € einschließlich Umsatzsteuer

2008: 15.999.180,18 € einschließlich Umsatzsteuer

2009: 15.999.180,18 € einschließlich Umsatzsteuer

Die in Satz 1 genannten Pauschalsummen werden zwischen Bund und Ländern sowie auf die Länder untereinander nach dem in Art. 2 des Gesamtvertrags über die Abgeltung der Ansprüche nach § 27 Abs. 2 UrhG vereinbarten Verfahren verteilt. Bereits gezahlte Beträge werden auf die nach Satz 2 zu zahlenden Beträge angerechnet.

§ 2 Ansprüche aus § 52a UrhG

Die Länder einerseits und die Verwertungsgesellschaften mit Ausnahme der VG Wort andererseits vereinbaren eine Abschlagszahlung zur Abgeltung von Ansprüchen nach § 52a UrhG in Höhe von 475.000 € zuzüglich Umsatzsteuer für das Jahr 2009.

Sobald Informationen über den Nutzungsumfang und die Nutzung der einzelnen Werkkategorien vorliegen, wird die für das Jahr 2009 zu zahlende Vergütung anhand der im Gesamtvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG vereinbarten Vergütungsregelungen unter Anrechnung der Abschlagszahlung berechnet.

Die Verlängerung tritt nur in Kraft, wenn die Regelung des § 52a UrhG über den 31.12.2008 hinaus verlängert wird.

Die in Satz 1 genannte Summe wird auf die Länder untereinander nach dem in § 3 des Gesamtvertrags zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG vereinbarten Verfahren entsprechend dem zu dem Zeitpunkt geltenden „Königsteiner Schlüssel“ verteilt.

§ 3 Ansprüche aus § 52b UrhG

Bund und Länder vereinbaren mit den Verwertungsgesellschaften zur Abgeltung von Ansprüchen nach § 52b UrhG in einer Anfangsphase für die Zeit ab Inkrafttreten von § 52b UrhG die Zahlung eines Festbetrags wie folgt:

2008: 100.000 € zuzüglich Umsatzsteuer

2009: 100.000 € zuzüglich Umsatzsteuer

Die vertragschließenden Parteien verabreden die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Art und Umfang der Wiedergabe an elektronischen Leseplätzen feststellt und einen Vorschlag für die Abgeltung der Ansprüche ab dem Jahr 2010 unterbreitet.

Die in Satz 1 genannten Festbeträge werden zwischen Bund und Ländern sowie auf die Länder untereinander nach dem in § 1 dieses Vertrages vereinbarten Verfahren verteilt.

§ 4 Ansprüche aus § 53a UrhG

Zur Abgeltung von Ansprüchen nach § 53a UrhG für den sogenannten innerbibliothekarischen Leihverkehr wird für die Zeit ab Inkrafttreten von § 53a UrhG (01.01.2008) die Zahlung eines Pauschalbetrags wie folgt vereinbart:

2008: 500.000 € zuzüglich Umsatzsteuer

2009: 500.000 € zuzüglich Umsatzsteuer

Die in Satz 1 genannten Pauschalsummen werden zwischen Bund und Ländern sowie auf die Länder untereinander nach dem in § 1 dieses Vertrags vereinbarten Verfahren verteilt. Berechnungsgrundlage für die Pauschale bilden in Analogie die im Gesamtvertrag zum Kopierendirektversand vereinbarten Tarifsätze. Soweit elektronische Bestellvorgänge der Kopienlieferung im Leihverkehr zugrunde liegen, werden diese anonymisiert den Verwertungsgesellschaften in Erfüllung der gesetzlichen Auskunftspflicht überlassen.

§ 5 Durchführungsbestimmungen

Bund und Länder leisten die Zahlungen aufgrund von §§ 1, 2, 3 und 4 dieses Vertrages nach Rechnungsstellung durch die Verwertungsgesellschaften und nach Prüfung

durch das Sekretariat der Kultusministerkonferenz unmittelbar an die rechnungsstellende Verwertungsgesellschaft.

Die Rechnungsstellung erfolgt frühestens eine Woche nach der letzten Unterschrift unter den Vertrag.

Die Beträge sind drei Monate nach Rechnungsstellung und Prüfung fällig. Soweit ein Mitglied von Bund oder Ländern erklärt, mangels Haushaltsmitteln nicht fristgerecht zahlen zu können, gewährt die rechnungsstellende Verwertungsgesellschaft eine zinslose Stundung oder Ratenzahlung in angemessenem Umfang.

Die Verteilung der vereinnahmten Zahlungen wird zwischen den Verwertungsgesellschaften gesondert vereinbart.

Vertragspartner	Ort, Datum, Unterschriften
Bundesrepublik Deutschland (Bund)	Berlin, 11.5.09 [Signature]
Für die Länder:	[Signature] Dresden, 12.03.2009
GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Ver- vielfältigungsrechte)	[Signature]
GVL (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH)	Berlin, 25.3.09 [Signature]
GWFF (Verwertungsgesellschaft zur Wahr- nehmung von Film- u. Fernsehrech- ten mbH)	[Signature]
VFF (Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH)	25.3.09 [Signature]
VG Bild-Kunst (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst)	Berlin 25.3.09 [Signature]
VG Musikedition (Verwertungsgesellschaft Musikediti- on)	Kassel, 26.3.09 [Signature]
VG WORT (Verwertungsgesellschaft Wort)	München 24.3.09 [Signature]
VGf (Verwertungsgesellschaft für Nut- zungsrechte an Filmwerken mbH)	München, 25.3.09 [Signature]

Protokollnotiz zu § 2

Diese Regelung erfasst keine Sprachwerke. Die angemessene Vergütung für die Nutzung von Sprachwerken nach § 52a UrhG wird von den Ländern und der VG Wort in einem Schiedsstellenverfahren geklärt.

Protokollnotiz zu § 3**Auftrag an die Arbeitsgruppe**

- die eingeholten Informationen müssen transparent sein;
- es muss zwischen der Nutzung von Books und Non-Books unterschieden werden;
- es ist zu unterscheiden zwischen Intranetnutzungen in Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken;
- es sind Möglichkeiten für Tarifansätze zu prüfen;
- es sind werkbezogene Daten zu sammeln, die Grundlage für eine individuelle Verteilung sein können;
- es sollen, wenn möglich die Kosten (Gebühren) festgestellt werden, die Nutzern an elektronischen Leseplätzen entstehen.